

Pressedienst Nr. 16521
Donnerstag, 04. Mai 2023

Bauernbund und Agrarhandel fordern Maßnahmen für Getreidemarkt	1
USDA prognostiziert Rückgang weltweiter Schweinefleisch-Exporte	2
EU gibt grünes Licht für rund 1,5 Mrd. Euro Ausstiegsprämie in den Niederlanden	2
Eßl fordert Prinzipien der ökosozialen Marktwirtschaft im internationalen Handel ein	3

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Bauernbund und Agrarhandel fordern Maßnahmen für Getreidemarkt

Solidarität mit Ukraine betont - Schutzklausel-Forderung bei Marktüberschwemmung

Wien, 4. Mai 2023 (aiz.info). - Bauernbund und Agrarhandel fordern angesichts von Verwerfungen am Getreidemarkt Maßnahmen zur Stabilisierung auf Basis von Schutzklauseln. Ein präzises Monitoring für den Transport von ukrainischem Getreide in Europa nennt Bauernbund-Präsident **Georg Strasser** : "Wir fühlen uns mit der Ukraine verbunden, ebenso wie mit den Menschen in Afrika und im Nahen Osten, deren Versorgung mit Lebensmitteln am Spiel steht. Deshalb muss die EU-Kommission ihre Pflicht erfüllen und dafür Sorge tragen, dass diese aus Solidarität gewährte Zollfreiheit nicht missbraucht wird. Ein genaues Monitoring muss sicherstellen, dass das Getreide auch am Zielort ankommt und nicht in Europa die Märkte überschwemmt. Bei Verwerfungen muss die Kommission sofort reagieren und Maßnahmen setzen." In einem Brief an Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig fordert das Bundesgremium des Agrarhandels präventive Sondermaßnahmen von der EU-Kommission zum Schutz des Binnenmarktes.

Laut Bauernbund wurden Getreide-Exporte aus der Ukraine durch den Beginn des russischen Angriffskrieges massiv erschwert. Seit Juni 2022 ist ein zoll- und quotenfreier Import von Getreide aus der Ukraine möglich, um durch Europa transportiert werden zu können. Das vorerst einjährige Abkommen soll nun bis Juni 2024 verlängert werden. Der Transport durch Europa stellt eine Möglichkeit dar, Länder in Afrika und Asien mit dort benötigten Rohstoffen zu versorgen, auch das von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zur Eindämmung des Welthungers verwendete Getreide stammt zu einem großen Teil aus der Ukraine.

In dem unter anderem von Delfiner-Geschäftsführer **Peter Garter** und RWA-Vorstand **Christoph Metzker** als Vorsitzende des Wirtschaftskammer-Ausschusses des Getreidehandels gezeichneten Brief an den Landwirtschaftsminister erklärt der Agrarhandel ausdrücklich seine Unterstützung für Maßnahmen zugunsten der Ukraine im russischen Angriffskrieg wie die Solidaritätskorridore für eine alternative Vermarktung von Agrarprodukten auf dem Landweg. Durch massive Importe in den EU-Raum sei es zu Marktverwerfungen gekommen. Die Preise seien stark verfallen und Getreide aus lokalem Anbau könne aufgrund fehlender Nachfrage nicht mehr vermarktet werden, begründet der Brief die Forderung nach präventiven Maßnahmen durch die EU-Kommission auf Basis der Schutzklausel. Die Märkte sollten auch im Hinblick auf die kommende Ernte 2023 stabilisiert werden. Lieferungen über die Solidaritätskorridore dürften in erster Linie in Zuschussgebiete auf den Weltmarkt gelangen, insbesondere in Schwellen- und Entwicklungsländer beziehungsweise innerhalb der EU.

Strasser: "Österreich und die Europäische Union zeigen sich solidarisch und suchen Lösungen auf die Frage, wie wir die Welt ernähren. Dass allerdings unsere Bäuerinnen und Bauern durch das Ausnützen von Lücken auf den Transportwegen benachteiligt werden, können wir nicht zulassen. Wir pochen daher auf eine Schutzklausel, die im Bedarfsfall schnell und effektiv angewandt werden kann." (Schluss)

USDA prognostiziert Rückgang weltweiter Schweinefleisch-Exporte

Sinkende Ausfuhren aus Großbritannien, Kanada und Mexiko

Washington, 4. Mai 2023 (aiz.info). - Die weltweite Schweinefleischproduktion wird im laufenden Jahr mit 114,33 Mio. t Schlachtgewicht auf dem Niveau von 2022 bleiben. Dies ist auf Produktionsrückgänge in der EU, Großbritannien und Kanada zurückzuführen, die die Produktionssteigerungen in Vietnam, Russland, Brasilien und China ausgleichen, wie das US-Agrarministerium (USDA) laut der britischen Absatzförderorganisation AHDB berichtete.

Trotz der stagnierenden Produktion wird das gesamte Exportvolumen im Jahr 2023 um 3% auf 10,58 Mio. t sinken, weil die Exporte aus der EU, Großbritannien, Kanada und Mexiko geringer ausfallen als die prognostizierten Zuwächse aus Brasilien, China und den USA. Die Schweinefleischexporte der EU und Kanadas werden laut USDA im Vergleich zum Vorjahr um 10% bzw. 4% zurückgehen. AHDB prognostiziert zudem einen Rückgang der britischen Schweinefleischausfuhren um 10%. Hohe Betriebsmittelkosten und der Rückgang der Bestände haben sich demnach negativ auf die Produktionsmengen in diesen Regionen ausgewirkt und die Verfügbarkeit eingeschränkt. Dies habe zu einem Preisanstieg geführt, wodurch das Schweinefleisch auf dem Weltmarkt weniger wettbewerbsfähig sei. Im Falle Mexikos sei der Rückgang der Ausfuhren jedoch auf den gestiegenen Inlandsverbrauch zurückzuführen, der das verfügbare Angebot einschränkt.

Laut den jüngsten Handelsstatistiken sind die Gesamtausfuhren von Schweinefleisch (ohne Innereien) in diesen Regionen im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgegangen. Die EU hat laut Dow Jones News in den ersten beiden Monaten des Jahres 2023 insgesamt 506.000 t exportiert, was einem Rückgang von 17% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Kanada hat 171.000 t exportiert, was einem Rückgang von 10% gegenüber dem Vorjahr gleichkommt. Die Ausfuhren aus Großbritannien beliefen sich im bisherigen Jahresverlauf (Jänner bis Februar) auf insgesamt 26.000 t, was einem Rückgang von 31% gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Im Gegensatz dazu wird für China ein Anstieg der Ausfuhren um 24.000 t prognostiziert, da die Grenzbeschränkungen in Hongkong und Japan aufgehoben werden, was zu einer erhöhten Importnachfrage aus dem Gastgewerbe und der Gastronomie führen dürfte. Auch in den USA und Brasilien wird mit einer Zunahme der Lieferungen nach Südostasien und Südamerika gerechnet. In beiden Ländern wird ein Produktionsanstieg erwartet, was zu einer größeren Verfügbarkeit zu wettbewerbsfähigen Preisen beiträgt. (Schluss)

EU gibt grünes Licht für rund 1,5 Mrd. Euro Ausstiegsprämie in den Niederlanden

Stickstoffeintrag soll dadurch verhindert werden

Brüssel, 4. Mai 2023 (aiz.info). - Die EU-Kommission hat in den Niederlanden zwei Beihilfesysteme mit einer Summe von rund 1,47 Mrd. Euro zur Verringerung der Stickstoffeinträge in Natura-2000-Gebieten genehmigt. Bis zu 3.000 betroffene Betriebe sollen dadurch motiviert werden, ihre Tierhaltung dauerhaft zu beenden und somit die Umweltbelastung in den ausgewiesenen Gebieten zu verringern.

Konkret geht es um die zwei Regelungen mit den Bezeichnungen LBV und LBV plus, in deren Rahmen Tierhalter dafür entschädigt werden sollen, dass sie Tierhaltungsstandorte freiwillig und endgültig aufgeben, die in den überlasteten Natura-2000-Gebieten liegen, welche in den nationalen Rechtsvorschriften festgelegt sind.

Die Regelungen, die bis zum 27. Februar 2028 laufen können, stehen kleinen und mittleren Tierhaltungsbetrieben in den Niederlanden offen, die ihre Viehzucht freiwillig einstellen. Voraussetzung ist, dass die von ihnen derzeit verursachten Stickstoffablagerungen bestimmte Mindestwerte überschreiten.

Im Rahmen der mit 500 Mio. Euro ausgestatteten LBV-Regelung werden die Beihilfen in Form von direkten Zuschüssen gewährt. Dadurch sollen bis zu 100% der Verluste ausgeglichen werden, die Landwirten, die sich zur Schließung ihrer Milchvieh-, Schweine- und Geflügelbetriebe entschließen, insbesondere aufgrund des Verlusts von Produktionskapazitäten und Erzeugungsrechten entstehen. Um im Rahmen der LBV-Regelung beihilfefähig zu sein, muss die Belastung durch Stickstoffablagerungen, die der betreffende Viehzuchtbetrieb verursacht, je nach Gebiet, in dem er sich befindet, einen bestimmten Mindestwert aufweisen.

Die mit 975 Mio. Euro ausgestattete LBV-plus-Regelung steht den Viehzuchtbetrieben mit den höchsten Stickstoffemissionen offen, die eine als Mindestwert festgelegte hohe jährliche Menge an Stickstoff emittieren. Wie die LBV-Regelung steht auch diese Regelung Landwirten offen, die Milchvieh, Schweine und Geflügel halten, sowie zusätzlich Landwirten, die Mastkälber halten. Auch bei dieser Maßnahme werden die Beihilfen in Form von direkten Zuschüssen gewährt. Dadurch sollen bis zu 100% der Verluste ausgeglichen werden, die Landwirten, die sich zur Schließung ihrer Viehzuchtbetriebe entschließen, insbesondere aufgrund des Verlusts von Erzeugungsrechten und aufgrund von Abrisskosten entstehen. Was den Verlust von Produktionskapazitäten betrifft, so können die betroffenen Landwirte im Rahmen der LBV-plus-Regelung einen Ausgleich von bis zu 120% erhalten.

Im Rahmen der Regelungen garantieren die Begünstigten, dass die Stilllegung ihrer Produktionskapazitäten endgültig und unwiderruflich ist und dass sie die betreffende Zuchtstätigkeit nicht an einem anderen Ort in den Niederlanden oder in der EU ausüben werden, so die rechtliche Grundlage. (Schluss)

Eßl fordert Prinzipien der ökosozialen Marktwirtschaft im internationalen Handel ein

Nachhaltige Wirtschaftsweise dadurch stärken

Straßburg, 4. Mai 2023 (aiz.info). - Nationalratsabgeordneter **Franz Eßl** sprach im Rahmen einer Debatte in der parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg über den "Schutz der demokratischen Rechte und der Umwelt im internationalen Handel". Eßl forderte von den Mitgliedsstaaten eine verpflichtende Berücksichtigung von Regeln im globalen Handel ein. "Diese sollen nicht nur ökonomische Zielsetzungen haben, sondern auch soziale Werte und ökologische Aspekte enthalten", verwies Eßl auf das Prinzip der ökosozialen Marktwirtschaft als Grundlage für die Regeln bei internationalen aber auch bilateralen Handelsabkommen. Denn Ökosoziale

Marktwirtschaft bedeute die Stärkung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise, die Schaffung von sozial hochwertigen Arbeitsplätzen, den Schutz der Umwelt und des Lebensraumes.

Mercosur-Abkommen nur mit ökosozialer Handschrift

Aktuell wird in der EU über ein Handelsabkommen zwischen Europa und Südamerikanischen Staaten verhandelt. "Unsere Produktionsbedingungen ermöglichen es der heimischen Landwirtschaft nicht, zu Weltmarktpreisen zu produzieren. Zusätzliche Importe setzen unsere Bäuerinnen und Bauern somit verstärkt unter Druck und erhöhen die Wahrscheinlichkeit von Betriebsaufgaben", warnte Eßl vor dieser Entwicklung. "Das alles ist weder im Sinne einer umfassenden Lebensmittelversorgung noch einer florierenden Land- und Forstwirtschaft und schon gar nicht im Interesse unserer Bäuerinnen und Bauern", forderte der Abgeordnete auch hier die Einhaltung der Regeln nach dem Prinzip der ökosozialen Marktwirtschaft. Das Mercosur-Abkommen, wie es im Moment vorliegt, lehnt Eßl daher ab. (Schluss)